

Hamburg, 22.08.2016

Zur politischen Strategie des bundesweiten Netzwerks Care Revolution

Kommentare zu den zunehmend schlechter werdenden Arbeitsbedingungen von in der Care-Arbeit tätigen Personen sowie zu den Lebensbedingungen von Care-Empfänger_innen ziehen sich wie ein roter Faden durch fast alle thematischen Bereiche des Alternativberichts der CEDAW-Allianz zivilgesellschaftlicher Organisationen in Deutschland zum kombinierten siebten und achten Bericht der Bundesrepublik Deutschland (2016), dessen Veröffentlichung im Dezember 2016 geplant ist und der zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Textes von 40 bundesdeutschen Nichtregierungsorganisationen unterzeichnet wurde. Das Kapitel 3 „Erwerbsleben“ beschäftigt sich sogar schwerpunktmäßig mit entlohnter und nicht entlohnter Care-Arbeit (www.frauenrat.de → CEDAW, Link in Vorbereitung).

Warum spitzt sich die Problematik in der Sorge- und Hausarbeit derart zu?

Dass Reproduktionsarbeit ungleich verteilt ist, ist nichts Neues: Nach Zahlen der Zeiterhebungsstudie 2012/13 arbeiten Frauen ab 18 Jahre in Deutschland durchschnittlich gut 45 Stunden pro Woche und damit gut 1 Stunde mehr als Männer. Darunter fällt bei Frauen mit 16 Stunden die Erwerbsarbeit einschließlich Arbeitssuche und Wegen zur Erwerbsarbeit. Den größeren Teil macht jedoch mit 29,5 Stunden die unbezahlte Arbeit aus. Diese umfasst neben Tätigkeiten der Haushaltsführung wie Kochen, Waschen, Einkaufen und Gartenarbeit auch die Betreuung von Kindern und Pflege unterstützungsbedürftiger Personen sowie ehrenamtliches Engagement. Männer sind dagegen durchschnittlich 25 Stunden erwerbstätig und leisten nur knapp 19,5 Stunden unbezahlte Haus- und Sorgearbeit (vgl. Statistisches Bundesamt 2015, S.7). Weitere Zahlen finden sich im Fact Sheet zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Empfehlung 29/30, zum CEDAW Alternativbericht 2016 (www.frauenrat.de → CEDAW, Link in Vorbereitung).

Über diese ungleiche Verteilung hinaus sehen sich Menschen, überwiegend Frauen, mit der beständig schwieriger werdenden Aufgabe konfrontiert, den Balanceakt zwischen Erwerbsarbeit einerseits und nicht entlohnter Sorgearbeit für sich und andere andererseits individuell zu meistern. Gemäß dem neoliberalen Credo der Eigenverantwortung sind sie aufgerufen, je individuell die hohen beruflichen Anforderungen mit den gestiegenen Leistungsansprüchen in der familiären Sorgearbeit und den zunehmenden Aufgaben der Selbstsorge zu vereinbaren. Letzteres betrifft beispielsweise das lebenslange Lernen und die Aufrechterhaltung der körperlichen Fitness. Tagtäglich führt der Abbau sozialstaatlicher Leistungen zu hohen Belastungen von familiären Sorgearbeitenden, wenn beispielsweise wegen des Mangels an Lehrer_innen Eltern bei der Unterstützung von Lernprozessen zusätzlich gefordert sind. Dies gilt ebenso, wenn die Verkürzung der Liegezeiten in Krankenhäusern zu sogenannten blutigen Entlassungen führt und Angehörige und Freund_innen die Versorgung der Kranken zuhause organisieren müssen. Die zunehmende Arbeit ohne Erholungspausen führt zu Überlastung; die Folge ist Erschöpfung bis hin zu psychischen Erkrankungen. Ebenso bleiben wichtige Bedürfnisse von Kindern oder kranken Menschen, die auf Sorge angewiesen sind, unerfüllt.

Aufgrund dieser dramatischen Situation fand im März 2014 in Berlin die Aktionskonferenz Care Revolution mit ca. 500 Teilnehmenden statt. Das bundesweite Netzwerk Care Revolution (<http://www.care-revolution.org>) wurde gegründet und eine Vielzahl lokaler und überregionaler Veranstaltungen folgte. Mittlerweile umfasst das Netzwerk 80 Initiativen, die aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen kommen und mit verschiedenartiger Schwerpunktsetzung politisch tätig sind. Das Spektrum reicht von Initiativen pflegender Angehöriger über Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderungen und Elterninitiativen bis zu Organisationen von Migrant_innen, von Verdi- und GEW-Betriebsgruppen im Bereich der Pflege und Erziehung über Organisationen aus den sozialen Bewegungen bis zu feministischen und linken Gruppen. Die meisten Initiativen sind in Deutschland aktiv, aber auch in Österreich und der Schweiz unterstützen einzelne Initiativen das Netzwerk Care Revolution.

Das Netzwerk stellt die Sorgearbeit im nicht entlohnten familiären Bereich ebenso wie im entlohnten Care-Bereich ins Zentrum politischer Auseinandersetzungen. Mit der Strategie der Care Revolution wird lebensnotwendige und allgegenwärtige Sorgearbeit, die in den meisten politischen Strategien ebenso wie in den vorherrschenden ökonomischen Theorien keine Rolle spielt, als Bezugspunkt der Gesellschaftsveränderung gewählt. Das Ziel der Care Revolution ist eine an menschlichen Bedürfnissen, insbesondere an der Sorge füreinander orientierte, radikal demokratisch gestaltete solidarische Gesellschaft.

Einige der Schritte, die Aktivist_innen des Netzwerks Care Revolution vorschlagen, um dem Ziel guter Sorge und eines guten Lebens näherzukommen, finden sich bereits in den Forderungen des Alternativberichts der CEDAW-Allianz zivilgesellschaftlicher Organisationen in Deutschland zum kombinierten siebten und achten Bericht der Bundesrepublik Deutschland (2016). Diese und darüber hinausgehende Vorschläge seien hier genannt:

- Ausreichendes Einkommen für alle, um die eigene Existenz zu sichern: Das bedeutet zunächst einen substanziellen Mindestlohn ohne Ausnahmen, ein bedingungslos gezahltes Grundeinkommen, eine deutlich bessere Entlohnung der Arbeit in Care-Berufen, beispielsweise von Erzieher_innen oder Altenpflegekräften.
- Ausreichende Zeit, um neben der Erwerbsarbeit die Sorge für nahestehende Menschen und für sich selbst bewältigen zu können und Zeiten der Muße übrigzubehalten: Das bedeutet zunächst Arbeitszeitverkürzung für Vollzeit-Erwerbstätige mit Lohn- und Personalausgleich, besondere Erleichterungen für Menschen mit hohen Sorgeaufgaben und eine diskriminierungsfreie Verteilung von Sorgearbeit.
- Eine soziale Infrastruktur, die Sorge und Selbstsorge wirklich unterstützt: Das bedeutet zunächst ein ausgebaut und kostenlos nutzbares Bildungs- und Gesundheitssystem, für alle bezahlbaren Wohnraum, kostenlosen öffentlichen Nahverkehr und die Unterstützung von Selbsthilfenetzwerken und Commons-Projekten. Über eine Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums ist dies realisierbar.
- Echte Teilhabe an gesellschaftlichen Entscheidungen: Das bedeutet eine umfassende demokratische Selbstverwaltung, beginnend im Care-Bereich. Umsetzbar ist dies einerseits über Care-Räte, die für die überregionale Abstimmung und die demokratische Kontrolle verantwortlich sind, und andererseits über Selbstbestimmung vor Ort, da sich viele Care-Projekte wie Gesundheitszentren, Kitas oder Bildungsangebote auch dezentral gestalten lassen.
- Diskriminierungsfreie Gesellschaft: Das bedeutet, dass es keinen Ausschluss, keine Benachteiligung und keine Privilegien beispielsweise wegen der Herkunft oder der Staatsangehörigkeit, des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung, der körperlichen Leistungsfähigkeit oder der beruflichen Kompetenz gibt.

Ein wichtiger Grund für die Zusammenarbeit der im Netzwerk Care Revolution aktiven Gruppen ist, dass es zur Realisierung auch der kleinsten Schritte eines politischen Zusammenschlusses Aktiver über Care-Bereiche und über Positionen im Sorgeverhältnis hinweg bedarf. Ansätze einer solchen Politik wurden 2015 in Deutschland beim Kita-Streik sichtbar. Auch wenn Erzieher_innen und Eltern in der Streiksituation selbst unterschiedliche Interessen hatten, bezogen sie sich aus

unterschiedlichen Positionen positiv und wertschätzend aufeinander. Auf dieser Basis lässt sich die Sorgearbeit für Kinder insgesamt ins Zentrum von Politik stellen und es lassen sich gute Arbeitsbedingungen für berufliche und familiäre Sorgearbeitende erkämpfen. Auch im Bereich der Krankenhäuser machten in den letzten Jahren neuartige Arbeitskämpfe Schlagzeilen. Beispielsweise setzte die Ver.di-Betriebsgruppe der Charité Berlin gegen den Widerstand des Unternehmens, das die Berliner Uni-Krankenhäuser betreibt, einen Tarifvertrag zur Mindestpersonalbesetzung auf den Pflegestationen durch. Diesen Arbeitskampf unterstützte das „Bündnis Berlinerinnen und Berliner für mehr Personal im Krankenhaus“ aus der Interessenlage als potenzielle Patient_innen heraus mit Solidaritätsaktionen.

All dies sind erste Schritte auf dem Weg zu einer Revolutionierung der Sorgearbeit, ein Weg, der vom gegenwärtigen Standpunkt aus fast unendlich lang erscheint. Auf diesem Weg werden sich aber auch überraschende Erfolge und neue Ideen einstellen, die auch von Akteur_innen kommen werden, die bisher noch kaum Teil der sozialen Bewegung sind und die ihre Erfahrungen und Gedanken zum Tragen bringen. Je unterschiedlicher diese Mitstreiter_innen sind, desto vielfältigere und interessantere Vorschläge und Konzepte werden entstehen, die auch im globalen Wissens- und Gedankenaustausch bereichert werden. Die Erfahrung, dass gemeinsam Handelnde ihre Welt verändern können, kann die Energie freisetzen, den Weg in eine solidarische Gesellschaft zu gehen – in eine Gesellschaft, in der Menschen die für sie jeweils guten Lebenskonzepte tatsächlich realisieren können.

zur Autorin:

Dr. Gabriele Winker ist Professorin für Arbeitswissenschaft und Gender Studies an der TU Hamburg. Sie ist Mitbegründerin des Feministischen Instituts Hamburg (www.feministisches-institut.de) und ist im Netzwerk Care Revolution (www.care-revolution.org) aktiv. Ihre Gedanken sind ausführlich nachzulesen in ihrem 2015 erschienenen Buch „Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft“.

Quellen:

CEDAW-Allianz zivilgesellschaftlicher Organisationen in Deutschland (2016): Alternativbericht CEDAW - Bezugnehmend auf den kombinierten siebten und achten Bericht der Bundesrepublik Deutschland zum Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW). www.frauenrat.de → CEDAW, Link zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Textes in Vorbereitung.

CEDAW-Allianz zivilgesellschaftlicher Organisationen in Deutschland, AG III (2016): Fact Sheet zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Empfehlung 29/30), AG III „Erwerbsleben“, zusätzliches Material zum Alternativbericht 2016. www.frauenrat.de → CEDAW, Link zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Textes in Vorbereitung.

Statistisches Bundesamt (Hg.): Wie die Zeit vergeht. Ergebnisse zur Zeitverwendung in Deutschland 2012/2013, Wiesbaden.